

Medienkonferenz
Nein zur SP-Steuerinitiative
Freitag, 1. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Die SP-Steuerinitiative erhöht die Steuern für alle

Gerold Bührer, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Steuerinitiative der SP ist ein Angriff auf den Steuerwettbewerb und damit auf einen zentralen Standortvorteil der Schweiz. Denn der Steuerwettbewerb hat unserem Land in den letzten Jahren viel Wohlstand gebracht:

- **Der Steuerwettbewerb hat das Wirtschaftswachstum begünstigt.** Ein attraktives steuerpolitisches Umfeld ist essenziell für unseren Wirtschaftsstandort. Der Steuerwettbewerb sorgt für tiefe Steuern, das zeigt auch der internationale Vergleich: Länder mit Steuerwettbewerb bzw. mit einer wachstumsorientierten Steuerpolitik wie die Schweiz haben tiefe Steuern, während Länder mit Steuerkartellen wie Deutschland, Frankreich oder Italien sehr hohe Steuerquoten aufweisen. Der Steuerwettbewerb hat massgeblich zu den regelmässigen Topplatzierungen der Schweiz im Ranking der wettbewerbsfähigsten Länder beigetragen. Die Bilanz ist klar: Die steuerliche Attraktivität ist zu einem Motor für Wachstum und Arbeitsplätze geworden.
- **Der Steuerwettbewerb hat die Steuereinnahmen erhöht.** Durch den Steuerwettbewerb sind die Steuereinnahmen der Kantone seit 1998 um durchschnittlich 40 Prozent angestiegen. Die Steuereinnahmen sind damit deutlich schneller gewachsen als die Wirtschaft. Diese Zahlen belegen: Der „ruinöse Steuerwettbewerb“ ist eine Mär. Dieses falsche Bild gehört in die Mottenkiste. Ohne die Innovation des Steuerwettbewerbs wären die Fiskaleinnahmen deutlich weniger stark gewachsen.
- **Der Steuerwettbewerb hat die Steuern gesenkt.** Die durchschnittliche steuerliche Belastung durch Bundes-, Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern hat beispielsweise für eine ledige Person mit einem Bruttoeinkommen von 80'000 Franken seit 2000 um durchschnittlich zehn Prozent oder 1100 Franken abgenommen. Ohne die positiven Auswirkungen des Steuerwettbewerbs auf die Steuerkraft wären diese Erleichterungen nicht möglich gewesen.

Diese Aufzählung zeigt: Der Steuerwettbewerb hat in den letzten Jahren alle zu Siegern gemacht. Zudem ist es ein fairer und gesunder Wettbewerb: Der Neue Finanzausgleich sorgt dafür, dass die unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen der Kantone finanziell abgegolten werden.



Die SP setzt diese Errungenschaften mit ihrer Steuerinitiative leichtfertig aufs Spiel. Sie unterbindet den erfolgreichen Steuerwettbewerb, indem sie den Kantonen und Gemeinden einen einheitlichen, starren Mindeststeuersatz vorschreibt.

Das hat für uns alle insbesondere folgende vier Auswirkungen:

1. **Die Initiative führt zu Steuererhöhungen für alle.** 16 Kantone werden zu direkten Steuererhöhungen gezwungen, ohne dass es dafür einen Grund gäbe. Steuererhöhungen auf Vorrat sind jedoch sinnlos, sie führen letztlich zu unüberlegten Ausgaben und zu einem aufgeblähten Staatswesen. Betroffen von Steuererhöhungen sind zudem nicht nur höhere Einkommen und Vermögen, wie es die Initianten uns vormachen. Es wird auch die tiefen und mittleren Einkommen treffen: Denn gemäss der SP-Initiative käme es zu willkürlich festgelegten Einkommens- und Vermögensgrenzen mit grossen Tarifsprüngen. Um diese auszugleichen, müssen auch die Steuern für mittlere und tiefere Einkommen erhöht werden. Selbst die Initianten sprechen von „Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen“ und erklären: „Die Kantone sollten ihre Steuertarife als gleitende Kurven gestalten und vernünftigerweise keine abrupten Sprünge in der Grenzsteuerbelastung vorsehen. Je tiefer das allgemeine steuerliche Niveau in den Kantonen heute ist, desto mehr ziehen sich die Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen.“ Das Steuerniveau in der Schweiz wird aufgrund der Initiative also generell steigen.
2. **Die Initiative führt zu einer nachlassenden Haushalts- und Ausgabendisziplin.** Weil die Kantone im gegenseitigen Vergleich nicht mehr attraktiv sein müssen, haben sie auch keinen Anreiz mehr, haushälterisch mit ihren Steuergeldern umzugehen. Überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen und ein aufgeblähtes Staatswesen sind die Folge.
3. **Die Initiative beeinträchtigt steuerpolitische Innovationen.** Der Steuerwettbewerb hält die Kantone und Gemeinden fit, sie überprüfen ihre Steuermodelle im Interesse ihrer Standortattraktivität. Ein Beispiel sind die Flat-Rate- und Zweistufenmodelle in verschiedenen Kantonen. Mit der Abschaffung des Steuerwettbewerbs ginge auch der Anreiz zur Verbesserung der Steuermodelle verloren.
4. **Die Initiative schadet der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz.** Tiefe Steuern – nicht nur Unternehmenssteuern, sondern auch tiefe Einkommens- und Vermögenssteuern – sind ein entscheidendes Argument bei der Standortwahl von Unternehmen und Privaten. Denn potenzielle Investoren achten auch auf die Steuerbelastung ihrer Mitarbeitenden. Die Initiative führt zu einem höheren Steuerniveau und verschlechtert damit die Position der Schweiz im weltweiten Standortwettbewerb. Auf die Bevölkerung und die Unternehmen kommen im nächsten Jahr aber ohnehin schon grosse Mehrbelastungen zu: Die Mehrwertsteuer steigt um 0,4 Prozentpunkte auf nunmehr acht Prozent; die Lohnabzüge werden zugunsten der Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht; die Lohnabzüge für die Erwerbersatz- und Mutterschaftsversicherung werden auf 0,5 Prozent beinahe verdoppelt; die Krankenkassenprämien steigen ebenfalls deutlich. Und die Wirtschaft leidet unter dem schwachen Euro- und Dollarkurs. Unnötige zusätzliche Steuererhöhungen gilt es deshalb zu verhindern. Die SP gefährdet mit ihrer Steuerinitiative das Wachstum und damit zahlreiche Arbeitsplätze.

Die Steuerinitiative der SP setzt Bewährtes leichtfertig aufs Spiel. Sie stellt die Weichen für weniger staatliche Ausgabendisziplin und für hohe Steuern. Dies gilt es mit einem Nein am 28. November zu verhindern. Der Steuerwettbewerb soll auch in Zukunft seinen Beitrag an die Wettbewerbsfähigkeit und an den Wohlstand der Schweiz leisten.